

Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Herr Bürgermeister Steffes,
sehr geehrter Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen,
liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,
verehrte Anwesende,

am 13. April 1945 ermordeten die Hitlerfaschisten hier an dieser Stelle 68 namentlich bekannte sowie drei unbekannte Männer. Das Massaker in der Wenzelnbergschlucht zählt zu den sog. Kriegsendphaseverbrechen. 71 Insassen aus dem Zuchthaus Lüttringhausen und weiteren Haftanstalten wurden von der Gestapo an diesen Ort verfrachtet und durch gezielte Schüsse hingerichtet. Das Reichssicherheitshauptamt richtete am 24. Januar 1945 in einem Telegramm an die Leiter der NS-Staatspolizei in Düsseldorf, Münster und Köln die Aufforderung, - Zitat - „ausländische Arbeiter und ehemalige deutsche Kommunisten“, die sich veranlasst sehen könnten, sich umstürzlerisch zu betätigen, „sofort zu vernichten“. Am 12. April 1945 gegen 16 Uhr erschien ein starkes Polizeiaufgebot auf dem Gelände der Haftanstalt in Lüttringhausen. Mit zwei geschlossenen Lastkraftwagen wurden 60 Häftlinge sodann am frühen Morgen des 13. April 1945 zum Wenzelnberg gekarrt, hinzu kamen noch 11 weitere Häftlinge aus anderen Haftanstalten. Vor Ort wurden die Männer paarweise an den Daumen zusammengebunden und jeweils durch Genickschuss getötet.

Am 14. April 1945 besetzte die antifaschistische Widerstandsgruppe um den Kommunisten Karl Bennert das Rathaus in Solingen-Wald, entwaffnete die noch nicht geflohenen Faschisten und hisste an den noch stehenden Gebäuden weiße Fahnen, um einer drohenden Zerstörung durch die herannahende 94. US-Infanterie-Division zu entgehen. Am 17. April 1945 meldete einer der Antifaschisten, welcher von den Amerikanern für die Absperurmaßnahme an der Mordstelle eingesetzt war, den Massenmord dem amerikanischen Kampfkommandanten.

Die Nazis begingen gegen Kriegsende, als die drohende Niederlage durch die herannahenden Streitkräfte der Alliierten immer offensichtlicher wurde, dutzende solcher Kriegsverbrechen. Das hier verübte Verbrechen am Wenzelnberg reiht sich ein in unzählige Todesmärsche, Morde an Zwangsarbeitern und Häftlingen in den Konzentrationslagern der Hitlerfaschisten. In Solingen wurden schätzungsweise im Laufe des zweiten Weltkrieges rund 16.000 Menschen als Zwangsarbeiter beschäftigt, mehr als die Hälfte von ihnen stammte aus der Sowjetunion. Die Zwangsarbeiter wurden gewaltsam aus ihrer Heimat verschleppt und wurden von den Nazis gezwungen, unter unwürdigsten Bedingungen, ohne irgendwelche Rechte, den Profit deutscher Unternehmen durch Arbeit bis zur völligen Erschöpfung zu maximieren. Bei Bombardements wurde ihnen der Zutritt zu den Luftschutzbunkern versagt, Essen und Trinken gab es gerade einmal so viel, dass die Zwangsarbeiter am nächsten Tag körperlich weiter schufteten konnten. Wer aus Erschöpfung oder wegen Krankheit zusammenbrach wurde bestenfalls durch Tötung von seinen Leiden erlöst, schlimmstenfalls einfach zum

Sterben zurückgelassen. Auch Leichlinger Unternehmen beschäftigten hunderte Zwangsarbeiter, kurz vor der Befreiung waren in der heutigen Blütenstadt ca. 850 Zwangsarbeiter in Beschäftigung; etwa bei den Leichlinger Höfen. Diejenigen Firmen, in Solingen bspws. die Firmen Rautenbach, Kronprinz, die Solinger Stadtverwaltung und die Zwillingswerk KG, welche Zwangsarbeiter als kostengünstige Arbeitsklaven beschäftigten, konnten ihren Profit während der NS-Barbarei-Herrschaft auf ein Maximum ausbauen. Hatte die Solinger Firma Kieserling und Albrecht im Jahr 1939 noch einen Gewinn von 870.000 RM, verzeichnete sie im Jahre 1942 bereits einen Gewinn von über 900.000 RM. Im Jahr 1943 stieg ihr Gewinn durch die Ausbeutung der Zwangsarbeiter auf ca. 2 Millionen RM und im Jahre 1944 auf 2,5 Millionen RM.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 08. Mai 1945 wurde der Plan einer Entnazifizierung Deutschlands schnell ad acta gelegt. Ein Großteil der Verbrecher und Köpfe des NS-Faschismus wurde als „unwissend“ oder als „Mitläufer“ wieder auf freien Fuß gesetzt oder gar nicht erst für die begangenen Verbrechen zur Verantwortung gezogen. Hochrangige Größen der NSDAP wurden schnell wieder in Amt und Würden eingesetzt. Ob Justiz oder Verwaltung, Geheimdienste oder hochrangige politische Ämter, ehemalige NS-Verbrecher kamen massenweise ohne Strafe für ihre während der NS-Zeit angerichteten Verbrechen davon. So wurde der Kriegsverbrecher und überzeugte Nazi Gehlen, unter der Wehrmacht erster Generalstabsoffizier der 213. Infanterie-Division und maßgeblich für die Vorbereitungen und der Durchführung der Überfälle der faschistischen Wehrmacht auf Polen und die Sowjetunion verantwortlich, nach der Befreiung in Westdeutschland erster Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Richard Gerken, überzeugtes ehemaliges NSDAP-Mitglied und ehemaliger SS-Hauptsturmführer, maßgeblich an der Verfolgung von Widerstandskämpfern in den besetzten Niederlanden beteiligt, war von 1957 bis 1964 Leiter der Abteilung Spionageabwehr des neu gegründeten Bundesamt für Verfassungsschutzes. In dieser Funktion sorgte er gemeinsam mit anderen ehemaligen Kriegsverbrechern der Hitlerfaschisten dafür, dass weitere ehemalige Nazis ohne jedwede Bestrafung eine Anstellung beim staatlichen Geheimdienst erhielten, was vom Verfassungsschutzpräsidenten Otto John toleriert und von Vizepräsident Radke gar aktiv gefördert. Kurt Georg Kiesinger, begeistertes NSDAP-Mitglied, schaffte es nach Ende des Krieges sogar bis zum Bundeskanzler. Bis vor ca. zwei Jahren trugen die Standardwerke für Juristen in Ausbildung die Namen von Mitbegründern der Rassengesetze und hochrangigen Vertretern der NS-Justiz. Diese Liste ließe sich unendlich lang fortführen. Auch die Unternehmen, welche während des Krieges massiv von der Ausbeutung der Zwangsarbeiter profitiert hatten, kamen meist ungeschoren davon.

Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen nach der Befreiung auf einer Gedenkfeier am 19.04.1945:

„Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

Die wichtigste Lehre aus den Verbrechen des Hitlerregimes lautete: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Die Mütter und Väter des Grundgesetzes schworen sich nach der Befreiung von der Barbarei der Hitlerfaschisten, dass von deutschem Boden aus nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Nicht umsonst lautet Art. 1 Abs. 1 unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Und heute? Heute ist eine in weiten Teilen neofaschistische, völkisch-nationalistische Partei nach Umfragen neben der Union stärkste Kraft im Land. Noch immer decken staatliche Institutionen, allen voran das Bundesamt für Verfassungsschutz, rechtsextreme Terroristen wie den NSU oder schließen rechtsextreme politische Motivationen hinter Brandanschlägen, wie dem im vergangenen Jahr in Solingen aus, obwohl die fremdenfeindliche und offen rassistische Position des Täters längst bekannt ist. Die Parteien von AfD, über Union, FDP, SPD und Grüne wetteifern und übertreffen sich in Forderungen nach einer Begrenzung der Migration, nach einer De-facto-Abschaffung des Grund- und Menschenrechts auf Asyl, nach härteren Strafen für Ausländerkriminalität und nach mehr Abschottung an den EU-Außengrenzen. Im vergangenen Jahr 2024 starben mindestens 2.280 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer. An EU-Außengrenzen werden Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen in Lagern zusammengepfercht, um nach teils jahrelangem Warten ohne Möglichkeit zu arbeiten oder an der Kultur und dem sozialen Leben teilhaben zu können, wieder abgeschoben zu werden. Diejenigen, die es bis hierher schaffen werden von Behörden ausgegrenzt und sehen sich nicht selten einem institutionellen Rassismus gegenüber. Wenn sie es dann schaffen sich zu integrieren, werden sie dennoch aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres Aussehens zu potenziellen Straftätern stigmatisiert und müssen nicht selten auf dem Heimweg, insbesondere in ländlicheren Regionen um ihr Überleben fürchten, wenn sie von Neonazihorden gejagt und körperlich misshandelt werden. Ihre Menschenwürde wird durch Hetze à la Friedrich Merz mit Füßen getreten, wenn er noch im Jahr 2023 über abgelehnte Asylbewerber dreist log, diese würden den Deutschen die Arzttermine weg nehmen, um sich die Zähne neu machen zu lassen. Die Menschenwürde von Nicht-Biodeutschen wird mit Füßen getreten, wenn sie von der Polizei am Hauptbahnhof ohne jeglichen Grund angehalten und durchsucht werden. Sie wird mit Füßen getreten, wenn Ausländerbehörden so lange untätig bleiben, bis die Personen

abgeschoben werden. Die Würde dieser Menschen wird mit Füßen getreten, wenn ihnen die finanziellen Mittel fehlen, um ihren Kindern die Möglichkeit darzubieten, auf Klassenfahrt zu gehen oder das Kino oder ein Konzert mit Freunden zu besuchen. Und Ihre Würde wird mehr als nur angetastet, wenn sie von der etablierten deutschen Politik als Sündenböcke für das Versagen eben jener Politiker, insbesondere im sozialen Bereich, herangezogen werden.

Von dem Ziel des Friedens sind wir weiter weg denn je zuvor. Im Gegenteil. In der Ukraine, mitten in Europa tobt ein Abnutzungskrieg, welcher auf beiden Seiten hunderttausenden Menschen das Leben gekostet hat. Hunderttausende ukrainische Männer sind inzwischen desertiert und versuchen das Land zu verlassen. Jeden Tag lesen wir in Zeitungen, sehen wir in den Nachrichten selbsternannte Experten, welche die Aufrüstung Deutschlands und der NATO und der EU weiter voran treiben wollen. Jüngst hat der alte Bundestag beschlossen, dass unbegrenzt Milliardenkredite für Hochrüstung aufgenommen werden können sollen. Die EU plant, bis 2030 800 Milliarden Euro für Aufrüstung auszugeben. Der Noch-Bundesverteidigungsminister Pistorius spricht bewusst von einer erforderlichen Kriegstüchtigkeit, statt von einer Verteidigungsfähigkeit und nahezu alle Parteien debattieren über die Wiedereinführung der Wehrpflicht. In den Online-Shops von Supermarktketten werden Bunker zum Aufstellen im Garten angeboten und Versicherungen versichern nunmehr Schäden infolge von Bombardements oder Beschuss. Immer häufiger wird öffentlich behauptet, wir müssten uns auf einen Krieg mit Russland einstellen. Friedensaktivistinnen und Aktivisten, die sich diesem Wahnsinn entgegen stellen, wurden und werden als Realitätsverweigerer oder als „5. Kolonne Putins“ diffamiert. Jeder der nicht mit vollem Enthusiasmus der Hochrüstung applaudiert, wird von den Herrschenden als „Putinverstehler“ oder als Mithelfer eines Kriegsverbrechers deklariert.

Ich frage euch und Sie: Ist das die Erkenntnis aus den Lehren der Geschichte? Eine unendliche Wettrüstungspirale? Die Vorbereitung auf einen neuen Krieg unter Beteiligung atomarer Großmächte, welcher das Risiko eines dritten Weltkriegs in sich birgt? Haben die mutigen Widerstandskämpfer gegen den NS-Faschismus dafür ihr Leben gegeben? Dafür dass sich ihre Enkel und Urenkel nunmehr erneut gegenseitig abschlachten, dieses Mal mit Massenvernichtungs- und Nuklearwaffen?

Wir, die älteste antifaschistische Vereinigung Deutschlands, die VVN-BdA, meinen nein. Einen Krieg zwischen der NATO und Russland würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit niemand von uns überleben. Ein atomar geführter Krieg würde die Vernichtung der menschlichen Existenz nach sich ziehen. Was wir stattdessen brauchen ist Abrüstung und zwar weltweit. Das Sterben der Menschen in der Ukraine muss endlich ein Ende haben. Ein solches Ende wird allein und ausschließlich durch Verhandlungen zustande kommen, nicht jedoch durch weitere Aufrüstung und ein Mehr an Säbelrasseln.

Der massive Aufstieg der gesellschaftlichen Rechten lässt sich nicht verhindern, indem man ihre falschen, menschenfeindlichen Positionen übernimmt. Die immer wieder nach

Anschlägen aufkeimende Forderung nach Abschiebungen löst das sie auslösende Problem der Kriminalität nicht. Nach der ganz überwiegend herrschenden Lehre in der Kriminologie sind nahezu immer die sozialen Umstände dafür verantwortlich, ob jemand Straftaten begeht oder nicht, hingegen nie die Herkunft oder Hautfarbe eines Menschen. Wer noch immer glaubt, durch die Übernahme dieser menschenfeindlichen Positionen könne man den Aufstieg der neuen Rechten verhindern, der möge sich einmal die Umfragen anschauen. Das Problem des gesamtgesellschaftlich verankerten Rassismus löst man nicht, indem man ihm das Wort redet, sondern indem man die ihm zugrundeliegenden sozialen Ursachen beseitigt. Das wussten schon die Überlebenden des KZ-Buchenwalds, als sie die Vernichtung des Nazismus „mit seinen Wurzeln“ schworen.

Es reicht auch nicht mehr, einmal jährlich auf große Demos für Demokratie zu gehen. Stattdessen stehen wir alle, als mündige Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht, allen Formen kollektiver Menschenfeindlichkeit, allen Formen von Rassismus und Faschismus mit jedweden Mitteln entgegenzutreten. Esther Bejarano, Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz hat vor ihrem Tod einmal gesagt: „Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen.“ Wir wahr dieser Satz ist, zeigt sich an der Übernahme der AfD-Positionen durch nahezu alle Parteien im Bundestag in mehr oder weniger abgeschwächter Form. Wir müssen uns auf uns selbst verlassen, mit unseren Mitmenschen in die Diskussion gehen und in der Schule, in der Uni, im Betrieb und in unserem Stadtviertel die Ursachen für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, für Kriminalität und für Krieg klar und deutlich ansprechen und jene zurück gewinnen, die bereits auf die braunen Rattenfänger hereingefallen sind, welche den Menschen tagein tagaus erzählen, der Ausländer sei an allem Schlechten in dieser Welt schuld.

Wer den Schwur von Buchenwald, wer die Worte „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ernst nehmen will, der muss sich gegen einen sozialen Kahlschlag, gegen Aufrüstungswahn und gegen rassistische und menschenfeindliche Rhetorik, für soziale Gerechtigkeit, für mehr Geld für gute Integration und psychologische Betreuungsmöglichkeiten, für eine Bekämpfung von Fluchtursachen wie Krieg und Elend einsetzen. Wenn wir der AfD und anderen braunen Rattenfängern den Nährboden ihrer Propaganda entreißen wollen, müssen wir die Zukunftsängste der jungen Generation wirksam beseitigen, indem wir mehr Geld für Schulen, Bildung, Kultur und gesamtgesellschaftliche soziale und kulturelle Teilhabe bereitstellen und uns aktiv für eine weltweite Abrüstung und Entspannungspolitik einbringen. Entspannung, Diplomatie, Frieden, soziale Sicherheit und ein konsequenter Kampf gegen die neuen und alten Nazis – das sind die Mittel, um den Aufstieg der Menschenfeindlichkeit, der Abschottung und des Krieges zu verhindern und nicht Bunker und Panzer in Einkaufszentren und Atombomben für Deutschland.

Das sind wir den Opfern des NS-Faschismus, hier am Wenzelnberg und überall auf der Welt schuldig.

In diesem Sinne:

Nein zur Zeitenwende-Aufrüstungs-Politik! Für ein friedliches Miteinander der Völker, eine Politik der sozialen Sicherheit und der Gerechtigkeit!

Nie wieder Krieg!

Nie wieder Faschismus!

Vielen Dank.